

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPPER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Werner Faymann auf dem SPÖ-Parteitag: Stehen wir auf – Zeit für Gerechtigkeit!



Foto: SPÖ

„Sozialdemokratisches Bündnis für gleiche Chancen für alle“

Stärke und Geschlossenheit zeigte die SPÖ auf ihrem Bundesparteitag am 12. Juni 2010 in Vösendorf. Die kraftvolle Rede des Bundesparteivorsitzenden Bundeskanzler Werner Faymann wurde immer wieder mit begeistertem Beifall akklamiert, und die große Zustimmung der Delegierten bestätigte sich bei der Wahl mit beeindruckenden 93,8 Prozent für den weiteren Vorsitz der Partei durch Faymann.

Das Motto des Parteitags hieß: „Es ist Zeit für Gerechtigkeit“, und der Kanzler zeigte sich überzeugt davon, dass diese Forderung in den Menschen weit über die Parteigrenzen hinausgehe. Scharf beantwor-

tete er den von konservativer Seite vorgebrachten Vorwurf, die SPÖ greife zum „Klassenkampf“. Dazu Faymann: „Wenn Klassenkampf heißt, dass man für Fortschritt kämpft und für eine Verbesserung der Lebenschancen eintritt – gut, dann nehmen wir diesen Kampf auf. Wenn Klassenkampf bedeutet, dass eine Spekulationssteuer gerechter ist als eine Mehrwertsteuererhöhung, wenn es Klassenkampf ist, dass jemand, der sich die letzten Jahre aus der Verantwortung gestohlen hat, jetzt einen Beitrag leisten soll – in Ordnung, dann liefern wir Klassenkampf ... Dafür braucht es keinen herkömmlichen ‚Klassenkampf‘, sondern

die Mobilisierung jener 90 Prozent der Bevölkerung, die nicht länger akzeptieren, dass wegen der restlichen zehn Prozent die Finanzmärkte ungeregelt bleiben. Wir wissen die Mehrheit der Menschen hinter unseren Forderungen. Stehen wir auf – es ist Zeit für Gerechtigkeit!“

Faymann wies in diesem Zusammenhang auf den Kampf der SPÖ für die Mindestsicherung hin, die ein wirksames Mittel gegen die Armutsbekämpfung sein wird. Das werde von der ÖVP als Erpressungsmittel gebraucht, indem sie diese Reform zu behindern sucht. Doch geht die Forderung danach über die Parteigrenzen hinaus, und die SPÖ wird Bündnisse schaffen,

mit denen die Mindestsicherung durchgesetzt werden wird.

Ein weiteres Thema griff Faymann mit der Betonung einer Bildungsreform auf, die ebenfalls als Ausdruck für Gerechtigkeit allen den Zugang öffnen muss. „Die Zukunft unserer Kinder und Menschen im Land wird stark im Klassenzimmer entschieden, Bildungsministerin Claudia Schmied weiß das und kämpft für die gemeinsame Schule.“ Den Stimmen, die da und dort für Wiedereinführung der Studiengebühren plädieren, erteilte der Kanzler eine klare Absage.

Mit Blick auf Europa wies Faymann darauf hin, dass zwei Drittel der Regierungschefs Konservative oder Neoliberale seien; überdies seien Banken und Spekulanten in Europa bestens vernetzt. „Aber die Herzen und Hirne der Menschen sind bei uns! Unsere Stärke ist die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, NGOs und Konsumentenschutz-Organisationen. Dieses Bündnis muss stark sein, weil die Sozialdemokratie die Lobby der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ist. Sie muss die Kraft aufbringen, die Chancengleichheit zu stärken, soziale Missstände zu beseitigen und für eine gerechte Verteilung zu sorgen!“

„Ein gemeinsames und soziales Europa war uns immer ein Anliegen, dafür müssen wir internationale Solidarität üben. Stehen wir auf – es ist Zeit für Gerechtigkeit!“



Freiheitskämpfer auf dem Bundespart

Auf dem Bundesparteitag, der diesmal im Zeichen der Stärke und großer Geschlossenheit im Interesse des Kampfes für die arbeitenden Menschen stand, brachte der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer folgende Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde:

Berichte des Innenministeriums, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, des Österreichischen Mauthausen Komitees und aktuelle Medienberichte weisen darauf hin, dass rechtsextreme Gruppen in jüngster Zeit wieder aktiv werden.

Eine längere Zeit konnte bisher durch die Anwendung des NS-Verbotsgesetzes, durch den Einsatz des Amtes für Verfassungsschutz und durch antifaschistische Gegenstrategien eine Eindämmung neonazistischer Aktivitäten erreicht werden. Nicht verhindert werden konnten illegale Schmieraktionen, wie zum Beispiel bei der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, sowie eine Neonaziaktion in der KZ-Gedenkstätte Ebensee.

Jedenfalls sind in Österreich Massenaufmärsche von Neonazis, wie sie in den deutschen Städten von Woche zu Woche stattfinden, unbekannt. Dabei haben das NS-Verbotsgesetz und Bestimmungen des Staatsvertrags, die es in dieser Form in Deutschland nicht gibt, gute Dienste geleistet. Daher ist es verständlich, dass sich während der Bundespräsidentenwahlkampagne eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung gegen die Relativierung des NS-Verbotsgesetzes durch die FPÖ-Kandidatin Rosenkranz gewandt hat.

Nunmehr sind in den letzten Monaten durch die Vernetzung mit deutschen und anderen ausländischen rechtsextremen Gruppen sowie durch Verbindungen zu rechtspopulistischen, legal operierenden Parteien mehr oder weniger ver-



Delegierte Ernst Nedwed und Herta Slabina auf dem Parteitag

deckte Aktivitäten der Rechtsextremisten zu verzeichnen. Dabei benützen sie in ihren Medien eine eigene Terminologie und spezielle Codes, die von unterschiedlichen Gruppen als Basis der Verständigung genutzt werden.

Da mit diesen Aktivitäten versucht wird, junge Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft mit dem Ungeist des Nationalismus, des Rassismus und des Antisemitismus zu infizieren, ist es für Demokraten und Antifaschisten erforderlich geworden, Gegenstrategien zu entwickeln. So hat zum Beispiel das Österreichische Mauthausen Komitee eine hervorragende Dokumentation über Organisationen, Symbolik, Codes und über Mode und Musik der Rechtsextremisten herausgebracht. Diese Dokumentation dient vor allem Eltern, LehrerInnen, AusbilderInnen sowie Jugend- und SozialarbeiterInnen dazu, um sich mit dem gefährlichen Netzwerk der

Rechtsextremen auseinanderzusetzen zu können.

Eine wichtige Gegenstrategie ist es, den jungen Menschen in den KZ-Gedenkstätten in Österreich sowie im Ausland zu zeigen, in welchem Umfeld die Nazis ihre Verbrechen an politischen Gegnern und an den aufgrund ihrer Abstammung Verfolgten verübten.

Exkursionen in die KZ-Gedenkstätten müssen, wenn sie im Sinne der Aufklärung erfolgreich verlaufen sollen, mit vorangegangenen Informationsveranstaltungen oder Seminaren vorbereitet werden. Auch eine nachgehende Diskussion ist von großer Bedeutung.

Für diese Aufklärungsveranstaltungen gibt es heute noch Zeitzeugen sowie HistorikerInnen und SoziologInnen, die wissen, wie junge Menschen pädagogisch in dieses Thema eingeführt werden. Besonders zu erwähnen sind die Zeitzeugen, die das Unterrichtsministerium für die Aufklärung in

den Schulen einsetzt, sowie die Vertreter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes und die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, zu denen auch der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer gehört.

Bei dieser Arbeit mit der Jugend ist es wichtig, nicht nur punktuell die Verbrechen des NS-Regimes darzustellen, sondern es ist auch notwendig, die Vorgeschichte einzubeziehen. Die Worte Ignazio Silones „Der Faschismus ist nicht vom Himmel gefallen“ weisen darauf hin, dass die historischen Zusammenhänge nicht vergessen werden dürfen.

Zum Beispiel hat die Unterstützung des Großkapitals für Hitler, ebenso wie die Arbeitslosigkeit der damaligen Zeit und die nationalistische Verblendung vieler Menschen in Deutschland, der Nazibewegung zur Macht verholfen. Dies darzustellen ist eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung in den Schulen, in den Volkshochschulen sowie in der außerschulischen Bildung der politisch, gewerkschaftlich und religiös orientierten Jugendorganisationen.

Aus historischer Sicht der Sozialdemokratie ist es ihre Aufgabe, dieser antifaschistischen Bildungsarbeit einen wichtigen Stellenwert einzuräumen.

Außerdem gab es eine Reihe von Anträgen, die sich mit dem Kampf gegen rechts befassten. Auch die Leitanträge des Bundesparteivorstandes haben klare Richtlinien für die Politik der



Parteitag:

Frauen gegen Rechtsextreme

Sozialdemokratie in den nächsten Jahren vorgegeben.

Am Tag vor dem Parteitag berieten mehrere Arbeitsgruppen über die Leitanträge. Der Vertreter der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, im Arbeitskreis „Bildung“ brachte zu den Hauptforderungen des Leitantrages „Bildungspolitik“ einen Zusatzantrag für den Ausbau der politischen Bildung in den Schulen ein, auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Punkte dieses Leitantrages lauten nunmehr wie folgt:

- Klares Bekenntnis des Staates zu einem qualitativollen, einheitlichen öffentlichen Bildungswesen
- Chance auf höchste Bildung für alle ohne soziale und finanzielle Barrieren: gebührenfreier Zugang zu Kindergarten, Schule, Berufsausbildung und hochschulischer Bildung
- Zweite Chance für alle: unentgeltliches Nachholen von Schulabschlüssen und beruflichen Abschlüssen auch im Erwachsenenalter
- Förderung von allen Begabungen und Talenten statt Selektion: die Neue Mittelschule als einzige Schulform für alle 10- bis 14-Jährigen
- Ausbau der zeitgeschichtlichen und aktualitätsbezogenen politischen Bildung in allen Schulformen
- Den Wünschen der Eltern entsprechend: Ausbau der ganztägigen Schulformen in ganz Österreich
- Gemeinsame Ausbildung für alle pädagogischen Berufe auf tertiärem Niveau
- Expansiver Hochschulsektor: Mehr junge Menschen sollen ein Studium beginnen und abschließen können
- Stärkung der demokratischen Mitbestimmung an allen Bildungseinrichtungen ■

Auf der Bundesfrauenkonferenz 2010, an der als Gastdelegierte der Freiheitskämpfer LABg. a. D. Herta Slabina teilnahm, wurde ein von einem Frauenarbeitskreis hervorragend formulierter Antrag beschlossen.

In Österreich – genauso wie in vielen anderen europäischen Staaten – erleben wir derzeit ein erneutes Erstarken rechtsextremer Parteien und Organisationen.

Rechtsextreme Positionen und Teile dieser Ideologie sind nicht mehr nur salonfähig geworden, sie werden von größer werdenden Kreisen unserer Gesellschaft mitgetragen. Immer mehr Menschen sympathisieren mit diesen Ideen oder dulden sie zumindest stillschweigend. Besonders deutlich wird dies bei Übereinstimmungen bei der Suche nach gesellschaftlichen Feindbildern – wie den sogenannten „Ausländern“ oder den sogenannten „Islamisten“. Nicht zuletzt spiegelt sich diese gedankliche Eintracht in den Wahlerfolgen der Rechtsparteien wider.

Auch die demokratiegefährdenden Potenziale rechter Ideologien finden sich bereits bei bedenklich hohen Teilen der Bevölkerung. So meinen beispielsweise 88% der ÖsterreicherInnen, dass Demokratie zwar die beste aller Regierungsformen sei, dennoch können sich bereits 21% ziemlich oder sehr gut vorstellen einen starken Führer zu haben, der sich nicht um Parlament oder Wahlen kümmern muss. Damit einher geht eine generelle Abnahme des Politikinteresses, verdeutlicht wird dies durch die schwindende Zahl von BürgerInnen, die bereit sind, sich aktiv in Politik und Gesellschaft einzubringen.

Medial begleitet werden all diese Geschehnisse auf einer Homepage, die nach dem Ver-

botsgesetz strafbare Inhalte zu aktuellsten Ereignissen in Österreich zur Verfügung stellt und eindeutige Kontakte zu rechtsextremen Parteien offenbart.

Forderungen

Die SPÖ muss hier deutliche Zeichen setzen. Neben unseren Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität hat die Sozialdemokratie immer offen und klar eine antifaschistische Position bezogen. Unsere Funktionärinnen und Funktionäre waren es, die gegen jede Form der autoritären und faschistischen Gesinnung gekämpft haben, und viele davon haben dafür mit ihrem Leben bezahlt.

Im Wissen um die Geschichte bekennt sich die sozialdemokratische Frauenorganisation einmal mehr zum Eintreten für Demokratie, zum Kampf gegen jede Form des Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Faschismus. Denn gerade Frauen wissen, dass nur innerhalb einer gefestigten Demokratie Frauenrechte gesichert sind.

Einerseits braucht es heute den Kampf gegen und die strafrechtliche Verfolgung von aktuellen rechtsextremen und neonazistischen Bestrebungen. Genauso wie es – gerade in Österreich – nach wie vor und verstärkt die Bekämpfung nationalsozialistischer Unrechts und die Ausforschung und Verurteilung der damaligen TäterInnen braucht. Andererseits müssen wir eine aktive Gedenkkultur leben, die an den Austrofaschismus und das folgende nationalsozialistische

Regime erinnert, mahnt und rechtliche Lücken – wie beispielsweise bei der Rehabilitierung der Opfer des austrofaschistischen Regimes – schließt. Und die Bezüge zur Gegenwart und zu heutigen Geschehnissen aufzeigt, herstellt und daraus Lehren für unser Miteinander heute ermöglicht.

Darum fordern die sozialdemokratischen Frauen:

- Klares und öffentliches Auftreten gegen jede Form von Rechtsextremismus, Neonazismus, Antisemitismus, Rassismus, Xenophobie, Islamophobie, Sexismus sowie Homo- und Transphobie
- Förderung einer breit angelegten aktiven Auseinandersetzung mit der Zeit des Austrofaschismus und der Zeit des Nationalsozialismus
- Ausbau der politischen Bildung innerhalb der Sozialdemokratie, an Schulen und in Vereinen und Projekten
- Verstärkte Kooperation der sozialdemokratischen Frauenorganisation mit Gedenk- und Erinnerungsinitiativen in den Gemeinden und Bezirken sowie Initiieren von solchen Projekten
- Lebendige, offene und aktive Erinnerungs- und Bewusstseinskultur innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung und ihrer Teilorganisationen
- Intensiver Einsatz für die Weiterentwicklung der sozialen Demokratisierung in allen Bereichen der Gesellschaft
- Unterstützung der Bemühungen zur Rehabilitierung der Opfer des austrofaschistischen Regimes (insbesondere der sogenannten „Februarkämpfer“) unter explizitem Ausschluss der Rehabilitierung von NationalsozialistInnen ■



Maly Trostinec – Vergessener Ort des Ver



Mahnmal in Chatyn, Weißrussland

Im September 2009 enthüllte der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Johannes Kyrle, einen von Österreich gestifteten Gedenkstein, mit dem das Andenken an die Opfer der Shoah in Minsk und Maly Trostinec geehrt werden soll (siehe Kämpfer 10-11-12/2009). Mehr als 9.000 jüdische Österreicherinnen und Österreicher wurden in den Jahren 1941 bis 1944 von den Nationalsozialisten und ihren Helfern im Ghetto von Minsk

und im Konzentrationslager Maly Trostinec, auf dem Territorium des heutigen Belarus, ermordet. Zwischen 11. Mai und 9. Oktober 1942 kamen die meisten von ihnen in insgesamt neun Transporten direkt nach Maly Trostinec. Sie wurden dort direkt nach der Ankunft erschossen und anschließend vergraben.

Nach langjährigen Bemühungen gibt es nun endlich in Minsk, am Rande des ehema-

ligen Ghettos, einen Gedenkstein, der an die Opfer aus Österreich erinnert. In Maly Trostinec, wo der Großteil der Morde begangen wurde, befindet sich nur ein kleinerer Stein, auf dem der getöteten Sowjetbürger gedacht wird.

Tatsächlich reicht die Spur der Vernichtung in Maly Trostinec in die Zeit vor der deutschen Besetzung zurück: 1937 und 1938 ermordete der Geheimdienst NKWD im Zuge der „großen Tschistka“ (= „große Säuberung“) in Maly Trostinec tausende Sowjetbürger. So zynisch es klingt: Als die Wehrmacht im Juni 1941 binnen einer Woche nach Minsk vorgedrungen war, fanden die Deutschen in Maly Trostinec bereits eine Tötungsinfrastruktur vor, die sie für ihre Zwecke weiterverwenden konnten. Dies ist, neben dem Antisemitismus/Antisowjetismus, der in der

Sowjetunion vorhanden war, eine weitere Erklärung, warum erst sehr spät begonnen wurde, die Nazi-Verbrechen an diesem Ort historisch zu untersuchen.

Zu Pfingsten 2010 fand eine private Gedenkreise einer Gruppe aus Wien nach Belarus statt. Die Gruppe entstand im Zusammenhang mit dem „Weg der Erinnerung“ – in den Gehsteig eingelassenen Gedenksteinen – in Wien-Leopoldstadt. Bei den StifterInnen der Steine handelt

es sich um nachgeborene Verwandte und heutige Bewohnerinnen und Bewohner der Wohnungen der Deportierten.

Mit vermutlich 9.600 Ermordeten aus Österreich – der Großteil von ihnen aus Wien – ist Maly Trostinec nach Auschwitz mit über 11.000 Deportierten jener Ort der Shoah, an dem mehr Jüdinnen und Juden aus Österreich ermordet wurden als in jedem anderen Vernichtungslager. Weiters ist Maly Trostinec das größte Vernichtungslager in der gesamten früheren Sowjetunion. Insofern ist zu hinterfragen, warum es bis 2009 dauern musste, dass vor Ort (wenn auch „nur in Minsk“ und nicht am Ort des Verbrechens selbst) ein Gedenkstein für unsere ermordeten Landsleute errichtet wurde. Und noch mehr verwundert, dass Maly Trostinec im kollektiven Gedächtnis Österreichs kaum bis gar nicht bekannt bzw. verankert ist. Diese Wissenslücke gilt es zu schließen! Durch neu entstehende Privatinitiativen und Vereine, die die etablierten Verbände und Institutionen wie unseren Bund, das DÖW und andere ergänzen, werden neue Formen des Gedenkens und Erinnerns entwickelt und Anstöße zum Schließen von Lücken gegeben.

Wer über Maly Trostinec schreibt, muss vor allem über Weißrussland während der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht schreiben und über die Verbrechen in diesem Land insgesamt: Jede/-r dritte (!) BewohnerIn von Belarus in seinen heutigen Grenzen fiel dem nazistischen Rassenwahn zum Opfer. In Summe 2,3 Millionen Menschen, davon mit 800.000 mehr als ein Drittel Jüdinnen und Juden. Der „Generalplan Ost“ sah die vollkommene Eliminierung des Ju-

brechens?

dentums und die Halbierung der slawischen Bevölkerung vor. Tatsächlich wurden bis Kriegsende etwa 30 Millionen Militäranghörige und Zivilistinnen und Zivilisten slawischer Völker getötet (Russen, Ukrainer, Belarussen, Polen, Tschechen, Slowaken, Serben, Kroaten, Bosnier usw.), über 20 Millionen davon aus der Sowjetunion (das waren über 10% der Bevölkerung), mehr als sechs Millionen Polen (über 17%), über zwei Millionen aus Jugoslawien (mehr als 10%).

Die zentrale nationale Gedenkstätte in Belarus befindet sich in Chatyn (nicht zu verwechseln mit dem Ort Katyn bei Smolensk, wo die polnischen Offiziere und Intellektuellen vom sowjetischen Geheimdienst ermordet wurden), das ein vergleichbares Schicksal wie Lidice hatte. Das gesamte Dorf Chatyn wurde dem Erdboden gleichgemacht, die 149 Dorfbewohner in eine Scheune getrieben, dort eingesperrt und bei lebendigem Leib verbrannt. Der Film „Geh und sieh“, einer der eindrucksvollsten antifaschistischen Filme sowjetischer Herkunft, basiert auf den Ereignissen in Chatyn am 22. März 1943. Insgesamt zerstörten die Deutschen 628 Dörfer so wie Chatyn, 186 davon hat man nicht mehr aufgebaut. Die eindrucksvolle Gedenkstätte wurde 1969 eröffnet.

Leider ist es im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, auf das singuläre Schicksal von Belarus vor und während des Zweiten Weltkriegs einzugehen. Weitere Initiativen und Forschungen müssten aufgenommen werden. ■

Gerald Netzl

Gedenken auf dem Helmut-Zilk-Platz 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

Eine Delegation der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer legte gemeinsam mit Vertretern der Sozialistischen Jugend einen Kranz zur Erinnerung an die Opfer des Krieges und der Konzentrationslager beim Mahnmal gegen Krieg und Faschismus nieder. An der Kundgebung nahm auch eine Gruppe französischer Antifaschisten teil, die auf dem Wege zur Mauthausen-Befreiungsfeier in Wien zu Besuch waren.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, NR Abg. a. D. Ernst Nedwed, sagte bei der Kranzniederlegung:

„Am 8. Mai 1945 erfolgte die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands, wodurch die Herrschaft eines verbrecherischen politischen Systems nach zwölf Jahren Diktatur und

nach einem sechsjährigen, von Hitler provozierten, Krieg endlich beendet wurde.

Obwohl sich die militärische Niederlage Deutschlands im Osten und seit der Invasion der westlichen Alliierten schon im Jahr 1944 deutlich abzeichnete, wurden die Kämpfe und die Vernichtungsaktionen gegen die europäischen Juden, Roma und Sinti und gegen die Bevölkerung der besetzten Länder mit aller Brutalität fortgesetzt. In den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges gab es die relativ größten Opferzahlen auf den Schlachtfeldern und in den Konzentrationslagern. Auch die Zivilbevölkerung litt unter den Kriegsereignissen.

Trotzdem hielt die politische und militärische Führung Nazi-Deutschlands bis zuletzt dem in Berlin eingebunkerten wahnsinnigen Führer Adolf Hitler aus Angst und Beses-

senheit die Treue. Das kostete noch hunderten Menschen das Leben: Zum Beispiel hier auf diesem Platz stand einstmals der Philipp-Hof, der durch die Fortführung des Krieges zerstört wurde und in dem hunderte Menschen in dem öffentlich zugänglichen Luftschutzbunker den Tod gefunden haben.

Zum Gedenken an diese und mehr als 55 Millionen Opfer der nazistischen Weltoberungspläne entstand im Jahr 1988 das von Alfred Hrdlicka gestaltete Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. Die politische Durchsetzung ist vor allem dem damaligen Bürgermeister Helmut Zilk zu verdanken. Deshalb ist dieser Platz vor kurzem auch nach ihm benannt worden.

Obwohl die Verbrechen des Nazi-Regimes heute allgemein bekannt sind, betrauern jeweils am 8. Mai Rechtsextremisten und deutschnationale Burschenschafter den Untergang des Dritten Reiches. Das ist eine Schande.

Wir Sozialdemokraten gedenken, im Sinne vieler Österreicher und Österreicherinnen, mit dieser Kranzniederlegung jener Menschen, die hier auf diesem Platz ihr Leben lassen mussten, und vor allem der Millionen Opfer der Verbrechen des Nazi-Regimes. Sie bleiben unvergessen.“ ■



Kranzniederlegung beim Mahnmal gegen Faschismus und Krieg

Gedenken an die 386 SS-Opfer in Krems-Stein

Am 6. und 7. April 1945 wurden in und um Krems 386 politische Gefangene, die vom damaligen Leiter der Justizanstalt Stein entlassen worden waren, von SA und SS gejagt und brutalst ermordet. Alljährlich veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs unter starker Beteiligung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer aus Niederösterreich und einer Gruppe des KZ-Verbandes eine Gedenkveranstaltung beim Denkmal für die Opfer auf dem Steiner Friedhof sowie beim Denkmal für die zahlreichen griechischen Opfer des Massakers gegenüber der Justizanstalt.

Der Kremser Bezirksvorsitzende der Freiheitskämpfer, Mag. Klaus Bergmaier, konnte bei der Gedenkfeier anlässlich des 65. Jahrestages unter den zahlreichen Interessierten eine starke Delegation aus St. Pölten begrüßen, angeführt vom Bezirksvorsitzenden der Freiheitskämpfer St. Pölten, Harald Ludwig. Der St. Pöltner Nationalratsabgeordnete Anton Heinzl hielt eine ebenso bewegende

Gedenkrede wie der Kremser Vizebürgermeister Prim. Dr. Reinhard Resch.

Anwesend waren bei der würdigen Gedenkfeier über 100 Personen. Neben zahlrei-

chen interessierten Jugendlichen waren u. a. StR Gottfried Haselmayer, GR Dr. Helgard Rodriguez, GR Alfred Friedl und GR Andrea Bergmaier anwesend.

Weiters ergriffen Historiker Winfried Garscha, Albert Dlabaja vom KZ-Verband sowie der St. Pöltner SJ-Vorsitzende Klaus Seltenheim das Wort. ■

Klaus Bergmaier



V. l. n. r.: Reinhard Resch, Klaus Bergmaier, Alfred Dlabaja, Winfried Garscha, Klaus Seltenheim, Anton Heinzl und Harald Ludwig

Dissertation: Februarkämpfe in Meidling

Für eine erstmalige umfassende Erforschung der Februarkämpfe 1934 in Wien-Meidling sowie der anschließenden Verhaftungen, Verfolgungen, Verurteilungen und Kündigungen und der eventuellen Flucht in die Tschechoslowakei oder Sowjetunion bzw. der späteren Teilnahme am spanischen Bür-

gerkrieg im Zuge einer zeitgeschichtlichen Dissertation sucht der Verfasser Josef Fiala ehemalige Schutzbund-Kämpfer bzw. deren Angehörige, welche bereit wären, ein Gespräch über die damaligen Kämpfe zu führen oder Einsicht in noch vorhandene Dokumente (Briefe, Bescheide, Urteile oder Berichte

usw.) zu gewähren – selbstverständlich unter Einhaltung der Privatsphäre bzw. Wahrung der Anonymität.

Ich bin ein Seniorstudent (Jahrgang 1943) und in der Meidlinger Längenfeldgasse 8 geboren und aufgewachsen, kenne aus meiner Jugendzeit (fast) alle Gemeindebauten in

Meidling und habe dieses Thema daher für meine Dissertation gewählt. Ich freue mich über jede Rückmeldung! ■

*Adresse:
Mag. Josef Fiala
1230 Wien, Buckalgasse 6-8/9
Tel. 0676/922 97 52
E-Mail: josef_fiala@a1.net*



SPÖ trauert um Eduard Goldmann



Eduard Goldmann ist am 12. April 2010 im 96. Lebensjahr verstorben. Er war Mitglied des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus und Vorsitzender des Landesverbandes Salzburg. In der Zeit von Juli 1941 bis April

1945 war er als politischer Häftling im NS-Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert. 1978 wurde er von der Republik mit dem Ehrenzeichen für die Befreiung Österreichs ausgezeichnet. Er wurde auch zum Bürger der Stadt Salzburg ernannt.

Innerhalb der Sozialdemokratie wurde er mit der Victor-Adler- und der Otto-Bauer-Plakette geehrt. Eduard Goldmann war bereits seit 1929 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Wien. In der Ersten Republik war er Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend und Jugendfunktionär der kaufmännischen Angestellten und später bis zum Jahr 1934 Mitglied der Wehrsportorganisation, die den Republikanischen Schutzbund unterstützte.

Von 1934 bis 1941 arbeitete er im sozialdemokratischen Widerstand. 1941 wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Dort arbeitete er in der österreichischen Widerstandsgruppe mit Roman Felleis, Benedikt Kautsky und Karl Mantler zusammen. Besonders tragisch ist, dass sein Vater auch wegen Widerstandes verhaftet wurde und aus dem Konzentrationslager nicht zurückgekehrt ist.

Eduard Goldmann war in den Gremien der SPÖ Salzburg als gewähltes Mitglied lange Zeit tätig. Er war auch Kandidat für den Salzburger Landtag. Außerdem war er Vorstandsmitglied des Pensionistenverbandes.

Eduard Goldmann war seit Anfang der 1990er Jahre lange

Zeit als Mitglied der Opferfürsorgekommission im Sozialministerium und in der Rentenkommission in Salzburg tätig.

Der Vorsitzende des Bundes, Abg. z. NR a. D. Ernst Nedwed, hat der Witwe, Maria Goldmann, die Anteilnahme des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs übermittelt.

Beim Begräbnis auf dem Kommunalfriedhof in Salzburg sprach namens des Bundes der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer Peter Weidner Worte des Abschieds. Für die SPÖ gedachte Landeshauptfrau Gabi Burgstaller des mutigen Sozialdemokraten und Widerstandskämpfers. ■

Rosa Heinz 1922–2010



Anfang Mai verstarb unser langjähriges Ehrenmitglied, ehemalige Bezirksvorsitzende in Hernals, Gemeinderätin und Landtagsabgeordnete a. D. Rosa Heinz im 88. Lebensjahr.

Ihre wortgewaltigen Diskussionsbeiträge auf Konferenzen und Landesparteitagen waren unüberhörbar.

1973 wurde sie in den Bundesrat entsandt, von 1979 bis 1987 wirkte sie im Wiener Gemeinderat. Sie war Vorsitzende des Bezirksfrauenkomitees und der Volkshilfe Hernals.

Ihr Engagement galt auch der antifaschistischen Arbeit, der sie sich mit Überzeugung widmete. Bei der Verabschiedung auf dem Hernalser Friedhof hielt der ehemalige Bezirksvorsteher und Stadtrat a. D. Josef Veleta die Gedenkrede.

Bei der Trauerfeier waren neben den vielen Hernalser Genossinnen und Genossen auch viele Wiener Mitglieder unseres Bundes der Freiheitskämpfer sowie eine Gruppe ehemaliger iranischer Flüchtlinge, derer sich Rosa Heinz in den 1980er Jahren engagiert angenommen hat, anwesend. ■

Bogdan Bogdanović verstorben

Knapp vor Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht, dass ein bedeutender Architekt, Philosoph und Politiker aus dem ehemaligen Jugoslawien, Bogdan Bogdanović, vor einigen Tagen in seiner späteren Wahlheimat Wien verstorben ist.

Planungsstadtrat Rudolf Schicker würdigte sein Schaffen und hob auch sein antifaschistisches Engagement hervor. Als Künstler errichtete er mehr als zwanzig Gedenkstätten für die Opfer des Nazi-Regimes und für die antifaschistischen Kämpfer im ehemaligen Jugoslawien. Bogdanović' poetischer und doch pathosloser Umgang mit den Stätten der Zerstörung fand u. a. in der berühmten „Steinernen Blume“ von Jasenovac seinen Niederschlag.

Wir gratulieren

Dem ehemaligen Kulturstadtrat, Abg. z. Nationalrat a. D. und langjährigen Bildungsreferenten der Wiener Arbeiterkammer, **Prof. Franz Mrkvicka**, zu seiner Ernennung zum „Bürger der Stadt Wien“, die in einem Kreis prominenter Politiker und Künstler von Bürgermeister Michael Häupl vorgenommen wurde.

Unserem Vorstandsmitglied, **Prof. Rudolf Sarközi**, der von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer das „Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich“ für den unermüdlichen und erfolgreichen Einsatz für die Roma und Sinti in Österreich überreicht erhielt. Außerdem wurde Prof. Sarközi auch im Wiener Rathaus mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien“ ausgezeichnet.

Heinz Weiss, ehemaliger Kinderfreundesekretär und zurzeit in der Gesellschaft der Österreichischen Kinderdörfer tätig, der vom Bundespräsidenten mit dem Berufstitel „Professor“ ausgezeichnet wurde. Er hat in den letzten Jahren eine verdienstvolle Forschungsarbeit über die Geschichte der Kinderfreunde und über die Pädagogik des „Schönbrunner Kreises“ in Ausstellungen und Publikationen umgesetzt.



Hilde Oberbichler feierte ihren 80. Geburtstag

Im Kreise von Freundinnen und Freunden der Freiheitskämpfer dankten der Ehrenvorsitzende, Alfred Ströer, und der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, sowie Finanzreferentin Herta Slabina unserer Hilde Oberbichler für ihre unermüdliche Mitarbeit in unserer Organi-

sation, insbesondere im Bundesvorstand. Alfred Ströer dankte auch für ihre jahrzehntelange Arbeit als Sekretärin im ÖGB und Ernst Nedwed erinnerte daran, dass Hilde bereits in der Aufbauzeit der SJ als Sekretärin im Wf. Sekretariat im Parteihaus (Teinfaltstraße) gearbeitet hat. ■

Wir gratulieren

Zum 100 Geburtstag: Paula Billes, Eisenstadt; Karoline Sperlich, Wien. **99. Geburtstag:** Dr. Alfred Gisel, Wien. **98. Geburtstag:** Otto Wolf, Wien. **97. Geburtstag:** Hedwig Sauer, Wien. **96. Geburtstag:** Hermine Polka, Wien. **95. Geburtstag:** Anna Hradil, Grete Schneider, Hermata Tichy, Wien. **94. Geburtstag:** Hilda Kala, Mödling. **92. Geburtstag:** Anna Bassani, Bad Aussee; Ida Holicsek, Eisenstadt. **91. Geburtstag:** Hedwig Dörner, Wien. **90. Geburtstag:** Alfred Kohlbacher, Bruck/Mur; Robert Zawiacic, Reichersberg/Riedberg; Dr. Susanne Bock, Max Tauber, Wien. **85. Geburtstag:** Johann Kaller, Gerasdorf; Johann Renten, Linz; Wilhelmine Terp, Wien. **80. Geburtstag:** Aloisia Lippert, Schwechat; Maria Derflinger, Steyr; KR Eduard Harant, Alfred Heinrich, Leopold Hrebicek, Hans Kosar, BM a. D. Erwin Lanc, Hilde Oberbichler, Herbert Piererfellner, Hedwig Pöttschacher, Josef Staffel, Josef Veleta, Wien. **75. Geburtstag:** Franz Schleining, Haag/Neulengbach; Werner Malek, Leoben; Josef Kerschbaum, Maria Lanzendorf; Willibald Schwarzingen, Retz; Ing. Alfred Sindl, St. Pölten; Johann Pusch, Waidhofen/Thaya; Prof. Franz Eugen Dostal, Fritz Herlitschka, Helene Hoffer, Dipl.-Ing. Alfred Kohlbacher, Günther Slaby, Gertraude Stubenvoll, Charlotte Witzmann, Wien; Agnes und Walter Edelbauer, Wiener Neustadt.



Mahnmal zum Gedenken an die Zwangsarbeiter 1938–1945 in der Donaustadt enthüllt!



Foto: Bergmaier

Denkmalenthüllung mit Vbgm. Ludwig, BV Norbert Scheed und Nationalrätin Ruth Becher

Bezirksvorsteher Norbert Scheed lud am 26. Mai 2010 zur 1. Donaustädter „Geh-Denk“-Wanderung. Ausgangspunkt war der Gedenk-

stein nahe der Silberergasse/Rosenbergstraße in der Donaustadt. Der Gedenkstein trägt die Aufschrift: „Gedenkwald. Im Andenken an die 65.000 jüdischen

Bürger Wiens, die in den Jahren 1938 bis 1945 der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zum Opfer fielen, pflanzten hier im Jahr 1987 Schulkinder aller Konfessionen diesen Wald.“ Die Wanderung führte durch Essling über die Kirschenallee und den Nationalpark Lobau zum Festakt in der Lobgrundstraße/Raffineriestraße.

Die Errichtung des Mahnmals – vom Donaustädter Künstler Karl Wilhelm Löff geschaffen – wurde durch den Beschluss in der Bezirksvertretung Donaustadt und durch maßgebliche Unterstützung der Firmen OMV und Shell möglich gemacht. Ein Mahnmal zum Gedenken an jene Zwangsarbeiter, die für den Bau des Donau-Oder-Kanals und des Ölhafens Lobau in den Kriegsjahren 1938 bis 1945 im Lager Lobau ausgebeutet wurden und dort

ihr Leben lassen mussten. Die Enthüllung wurde von Vizebürgermeister Dr. Michael Ludwig und Bezirksvorsteher Norbert Scheed im Beisein der Vertreter aller Weltreligionen und aller politischen Parteien (ausgenommen der FPÖ) vorgenommen.

Vizebürgermeister Dr. Michael Ludwig erinnerte in seiner Rede daran, dass Zwangsarbeit einer jener Aspekte des NS-Terrors ist, der bislang noch zu wenig Aufmerksamkeit bekam. Umso wichtiger ist es, dass jetzt in der Donaustadt an die massenhafte Ausbeutung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter erinnert wird. Bezirksvorsteher Norbert Scheed betonte, dass nur wenn die Erinnerung wachgehalten wird, der Weg frei ist, die Fehler der Geschichte nicht zu wiederholen. ■

Gerhard Nessl

Erinnerung an Isidor Wozniczak



V. l. n. r.: Klaus Bergmaier, Ewald Sacher, Mathilde Mück (Tochter von Isidor Wozniczak), Siegfried Nasko, Josef Wiesinger beim Denkmal für den Freiheitskämpfer Isidor Wozniczak im Wald bei Mödring

Isidor Wozniczak war nicht nur ein Pionier des Tourismus im Kemptal, der ab 1935 mit seiner Waldpension in Gars

einen der ersten großen Magneten für Sommerfrischler vor allem aus Wien schuf. Er war auch bekannter Sozialdemokrat und

versuchte im Austrofaschismus und in der NS-Zeit politisch Verfolgten zu helfen. Er betätigte sich gemeinsam mit seiner Frau Gisela auch aktiv im antifaschistischen Widerstand.

Das kostete ihn in den allerletzten Kriegstagen auch das Leben. Im Wald bei Mödring nahe Horn wurde er am 2. Mai 1945 von Mitgliedern der SS ermordet. Seit vielen Jahren erinnert an dieser Stelle ein Denkmal an ihn. Nun wurde dieses anlässlich des 65. Jahrestages seiner Ermordung renoviert und im Rahmen einer Gedenkfeier neu enthüllt. Der Historiker Siegfried Nasko referierte dabei ausführlich über das Leben und Wirken der Familie Wozniczak. Abg. z. NR Ewald Sacher würdigte in seiner Festansprache die Zivilcourage und das Engagement des

Ehepaares, dessen Tochter Mathilde Mück mit ihren Söhnen ebenfalls anwesend war. Einer davon, Anton Mück, war gemeinsam mit Josef Wiesinger, dem Bezirksvorsitzenden der SPÖ Horn, massiv an der Erstellung einer umfassenden Festschrift beteiligt, die ebenfalls präsentiert wurde. Mag. Klaus Bergmaier, der Kremsrer Bezirksvorsitzende des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten, sorgte zudem für den würdigen musikalischen Rahmen.

Die Festschrift für Isidor Wozniczak mit dem Vorwort des Landesvorsitzenden LAbg. Karl Gruber ist erhältlich per Adresse Anton Mück, Kamegg 29, 3571 Gars am Kamp. ■

Klaus Bergmaier



Willi Mernyi: Jugendinitiativen gegen rechts

Willi Mernyi, Vorsitzender des Mauthausen Komitees und Projektleiter für Zielgruppen im Österreichischen Gewerkschaftsbund, hat uns freundlicherweise einen Beitrag über Aktivitäten unter jungen Menschen zur Verfügung gestellt. Über eine Reihe weiterer Initiativen werden wir in der nächsten Zeit berichten. Ein wichtiger Beitrag des Mauthausen Komitees ist auch die Herausgabe des Buches „Rechtsextrem“, über die wir an anderer Stelle berichten.



Foto: ÖGB/Lisa Lux

Das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ) hat seine Schwerpunktsetzung für die nächsten Jahre – so wie es uns Josef Hindels und Rosa Jochmann immer lehrten – der Jugend gewidmet. Die folgenden Angebote sind daher alles antirassistische und antifaschistische Angebote für Jugendliche:

Das neueste Angebot des Mauthausen Komitees Österreich sind Zivilcourage-Trainings. Die Trainings richten sich an SchülerInnen und Lehrlinge ab der 10. Schulstufe. Die SchülerInnen und Lehrlinge werden von ausgebildeten TrainerInnen, die vom Mauthausen Komitee Österreich an die Schulen vermittelt werden, in das Thema Zivilcourage eingeführt. Das Zivilcourage-Training soll helfen, aus unbeteiligten ZuschauerInnen HelferInnen zu machen. Das Zivilcourage-Training beschäftigt sich mit dem Mut des/der Einzelnen, in der Öffentlichkeit in „unangenehmen“ Situationen einzugreifen.

Auf der Basis der inhaltlichen Auseinandersetzung erlernen die Jugendlichen, wie man mit Angriffen, Ohnmacht, Aggression und Angst umgehen kann. Es wird erarbeitet, was man in diskriminierenden Situationen tun kann bzw. wo die eigenen Grenzen liegen, und Handlungskompetenzen erarbeitet.

Das Training soll für die TeilnehmerInnen neben allen bereits erwähnten Zielen und Ansprüchen zusätzlich einen geschützten Raum bieten, in dem sie die Möglichkeit haben, sich frei zu bewegen, sich zu zeigen, neue Verhaltensweisen auszuprobieren und sich offen zu äußern.

Eines der bekanntesten Beispiele für Zivilcourage war die Handlung von Rosa Parks am 1. Dezember 1955 in einem Bus in Montgomery, Alabama (USA). Der Bus-Boikott wird als Geburtsstunde der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung gesehen. Rosa Parks' Verhalten und die daraus entstandenen Aktionen bewirkten die Aufhebung der Segregationsgesetze in Bussen. Ausgehend von dieser positiven zivilcouragierten Handlung wird in Wien von Oktober bis Dezember 2010 ein Rosa Parks Workshop angeboten. Dieser vierstündige Spezialworkshop beinhaltet neben einem Zivilcourage-Training einen Rundgang durch eine themenspezifische Ausstellung rund um die Geschichte der Bürgerrechtlerin Rosa Parks und der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung sowie ausgewählte Beispiele von Zivilcourage. Dadurch wird der

Blick auf ein berühmtes Beispiel von zivilcouragiertem Handeln mit weitreichenden positiven Auswirkungen eröffnet und ein anschaulicher Einstieg in das Thema Zivilcourage geboten. Dieses Angebot ist für Schulklassen aus Wien, Niederösterreich und dem Burgenland noch zusätzlich interessant. Die Workshops finden von 4. Oktober bis 17. Dezember 2010 im Gebäude des ÖGB (U2-Station Donaumarina) statt. Mehr dazu unter www.zivilcourage.at

Das antirassistische Planspiel „miramix“ wurde vom Mauthausen Komitee Österreich in enger Kooperation mit erfahrenen PädagogInnen, Planspiel- und RassismusexpertInnen entwickelt. Die Zielgruppe, die durch das Spiel für das Thema Rassismus sensibilisiert werden soll, sind Jugendliche, die am Beginn ihres Erwerbslebens stehen – Jugendliche der 9. Schulstufe und Lehrlinge im ersten Lehrjahr. Das Spielkonzept knüpft an die Lebens- und Erfahrungswelt der Zielgruppe an. Die Spielaufgaben sind lustig gestaltet und entsprechen dem Sprachverständnis der Jugendlichen.

Das Antirassismus-Planspiel „miramix“ beschäftigt sich auf hintergründige Weise mit verschiedenen Aspekten von „Rassismus“. Simuliert wird eine klassische Problem- und Konfliktsituation zwischen zwei gegensätzlichen Gruppen von Menschen, die auf einer Insel aufeinandertreffen. Die Schülerinnen und Schüler erleben und lernen, wie Konflikte aufgrund ihres „Andersseins“ entstehen und was die

an der Gemeinschaft orientierte Lösung sein kann. Mehr dazu unter www.miramix.at.

Das Mauthausen Komitee Österreich bietet einen Pool an zertifizierten BegleiterInnen an, die den verantwortlichen Lehr- und Betreuungskräften bei der Vorbereitung des Besuchs zur Seite stehen, in weiterer Folge die Jugendlichen beim Besuch durch die Gedenkstätte begleiten und im Anschluss daran als professionelle Coaches in der Nachbereitung zur Verfügung stehen. Neben einer Überblicksbegleitung mit einer Dauer von 2,5 Stunden bietet das Mauthausen Komitee diverse themenzentrierte Begleitungen an. Interaktion und der Bezug zu Rassismus heute sind genauso Teil der Begleitung wie die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Terrorregimes. Die Vorbereitung des Besuchs, die Begleitung durch die KZ-Gedenkstätte und die Nachbereitung erfolgen in Abstimmung auf die jeweilige Gruppe (Lehrlinge, SchülerInnen, Studierende etc.). Das Mauthausen Komitee Österreich hat für die Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuchs spezielle Workshops zusammengestellt, die durch Mauthausen Guides und/oder TrainerInnen des Mauthausen Komitees Österreich durchgeführt werden. Dieses umfassende Angebot ermöglicht eine intensivere Sensibilisierung für die im Kontext mit dem KZ Mauthausen und seiner Geschichte stehenden Problematiken. Mehr dazu unter: www.mauthausen-guides.at



Rechtsextreme Musik als Lockmittel

Foto: Aus dem Buch „Rechtsextrem“



Das Mauthausen Komitee legte ein Buch von Willi Mernyi und Christa Bauer unter dem Titel „Rechtsextrem“ vor, in dem die Symbole, Codes, Organisationen und Musik der rechten Szene dargestellt werden. Darin wird unter anderem darauf hingewiesen, dass in der rechtsextremen Szene ein Wandel vor sich ging, und das vor allem mit dem Blick auf die umworbene Jugend, in der die Bomberjacken und Sprin-

gerstiefel Kleidungsstücken im modischen Trend gewichen sind. Umfragen zeigen, dass der Großteil dieser Jugendlichen durch Freunde und Bekannte mit der rechtsextremen Szene in Kontakt kommt.

Der rechtsextreme Musikmarkt ist bei der Verlockung jugendlicher seit einigen Jahren das wichtigste Medium der Rechtsextremisten geworden. Rechtsextreme Musik beschränkt sich längst nicht mehr auf den

„Skinhead-Rock“ oder Marschmusik. Rassistische, sexistische, nationalistische, antisemitische und gewaltverherrlichende Bekenntnisse zu germanischem oder „arischem“ Blut, Hass auf das „Jüdäo-Christentum“ und Angriffe auf Schwule sind Elemente, die in der rechtsradikalen Musik unterschwellig auf die Musikfans als „Einstiegsdroge“ einfließen. Die größte rechtsextreme Musikszene hat sich in Deutschland entwickelt und unzählige

Bands und Läden hervorgebracht, im Hintergrund steht das europaweit agierende Neonazi-Netzwerk „Blood and Honour“ (Blut und Ehre, wie es auf den HJ-Gürtelkoppeln stand). Über diese Musikszene informiert das Buch besonders ausführlich. Es ist ein Handbuch für alle, die sich dieser rechtsextremen „Jugendkultur“ entgegenstellen wollen: „Hinschauen – Erkennen – Handeln“ sind die Schritte, die dazu notwendig sind. ■

„Die Freiheit kam im Mai“ Erinnerungen von I. Kambanellis

Ich schrieb bruchstückhaft aus dem Leben im Lager, dem vorherigen und dem jetzigen. Ich versuchte, etwas darüber hinaus zu schreiben, etwas völlig meines. Aber ich schaffte es nicht. Von meiner Phantasie enttäuscht, beschränkte ich mich darauf, nur das, was ich selbst in Mauthausen gesehen hatte, und das, was ich andere erzählen gehört hatte, aufzuschreiben.“

So schreibt der Grieche, von 1943 bis 1945 Häftling im Konzentrationslager Mauthausen, in seinem Buch „Die Freiheit kam

im Mai“. Iakovos Kambanellis zählt zu den bekanntesten Bühnen- und Filmautoren Griechenlands. Seine Popularität gründete sich ebenso auf die oft gespielten und gesungenen Vertonungen seiner Gedichte, besonders auf die weltweit bekannte „Mauthausen Cantata“, die von Mikis Theodorakis vertont wurde.

Seine sehr persönlich gehaltenen Erinnerungen erschienen seit Mitte der 1960er Jahre mehr als 30 Mal in seiner Muttersprache (Titel „Mauthausen“), Nun liegt

die erste Auflage in Deutsch vor. Die Lektüre des sehr menschlich gehaltenen Buches ist bereichernd, unterscheidet es sich doch in Form und Inhalt von den Erfahrungen und Erinnerungen politischer deutscher KZler. Die alltägliche Bestialität der SS und sein zweimaliges knappes Dem-Tode-Entkommen bleibt in Rückblenden dem Leser nicht erspart. Der Autor erzählt auch von den Plünderungen der Lagerumgebung und der Bauernhöfe nach der Befreiung durch die befreiten KZler. Er verschweigt nicht, dass

Kapos und SSler, derer man habhaft werden konnte, kurzerhand erschlagen wurden.

Kambanellis lässt den Leser an seiner Wieder-Mensch-Werdung Anteil nehmen, ohne dabei aufdringlich oder voyeuristisch zu werden, z. B. wenn nach Jahren der Haft und Trennung wieder Beziehungen zwischen den Geschlechtern geknüpft werden oder ein Teil der Befreiten Ablenkung durch so etwas Profanes wie Fußball sucht. Ein lezenswertes Taschenbuch mit CD der Mauthausen Cantata. ■



Ein Vermächtnis für die Jugend



Fotos: Mauthausen Komitee

Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs beim Mauthausen-Gedenken auf dem Appellplatz

Die diesjährige Mauthausen-Befreiungsfeier fand unter großer internationaler Beteiligung und starker Vertretung von Mitgliedern der Bundesregierung und der Landesregierungen statt. Sie stand im Zeichen der Jugend.

Damals waren es vor allem junge Menschen aus ganz Europa, die als Widerstandskämpfer gegen die NS-Besatzung, als politische Gegner des Nazi-Regimes und als Kriegsgefangene in das Arbeits- und Vernichtungslager Mauthausen eingeliefert wurden. Heute gibt es nur mehr wenige Überlebende aus dieser „Zeit ohne Gnade“. Deshalb wird es die Aufgabe der Jugend sein, die Mahnung von Mauthausen weiterzutragen.

Der Vorsitzende des Mauthausen Komitees Österreich, Willi Mernyi, verlas bei der Kundgebung einen Aufruf, aus dem wir folgende Passagen zitieren:

„Die Überlebenden von Mauthausen kämpfen seit ihrer

Befreiung aus dem Konzentrationslager gegen das Vergessen und Verdrängen dieser Verbrechen – denn sie wissen, dass es nur Verdrängen und Vergessen möglich machen, dass sich manches wiederholen kann. Heute – 65 Jahre nach der Befreiung – leben nur mehr einige hundert ehemalige KZ-Häftlinge aus Mauthausen. Heute – 65 Jahre nach der Befreiung – finden wir in ganz Europa wieder Bestrebungen und Tendenzen, dass Ausgrenzung, Rassismus und Intoleranz, dass rechtsextremes Gedankengut wieder Platz greifen. Oft ist es auch schon deutlich mehr als eine Tendenz, oft wird dieses verbrecherische Gedankengut ganz offen zur Schau gestellt und auch von Politikern offen unterstützt.

Die Überlebenden der Konzentrationslager sind heute kaum mehr in der Lage, ihren Kampf gegen diese Situation fortzuführen – sie werden daher ihr Vermächtnis und ihren Auftrag für eine offene und tolerante Gesellschaft an die europäi-

sche Jugend weitergeben. Die europäische Jugend muss daher sensibilisiert werden, muss Wissen sammeln können und muss die Möglichkeit haben, offen für eine demokratische und gegen eine rechtsextreme Gesellschaftsform einzutreten.

Für die heutige europäische Jugend ist die Zeit des Nationalsozialismus längst vergangene Geschichte ohne direkt erkennbaren Zusammenhang mit aktuellen Entwicklungen. Es müssen daher europaweite und koordinierte Anstrengungen unternommen werden, über die schulische und außerschulische Erziehung und Vermittlung ein Sensorium bei den jungen Menschen zu schaffen, welches die Erkenntnisse aus der Geschichte in die Gegenwart übertragen kann. Es geht hier nicht bloß um Geschichtsunterricht oder um die historischen Bezüge. Vielmehr sind es die Schlussfolgerungen aus der Geschichte und ihre Auswirkungen auf das Heute, die es gemeinsam zu bewältigen gilt.“

Bei der vor dem Gedenkmarsch zum Appellplatz abgehaltenen Kundgebung der Sozialdemokraten bei der Gedenktafel für den noch knapp vor der Befreiung hingerichteten Schutzbundkommandanten Richard Bernaschek sprachen nach den einleitenden Worten von Peter Weidner Bundesvorsitzender Ernst Nedwed und der Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich, Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl. Beide Redner betonten die Aktualität des Kampfes gegen rechts. Ackerl dankte vor allem den jungen Sozialisten, die sich engagiert gegen die neuerdings wieder in Erscheinung tretenden Rechtsextremisten einsetzen. Eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie sei es weiters, dass die Interessen der arbeitenden Menschen konsequent vertreten werden. Deshalb müssen jene, die die Wirtschaftskrisen verursacht haben, auch für die Sanierung bezahlen.

An der sozialdemokratischen Kundgebung nahmen Vertreter der Landesgruppen Oberösterreich, Tirol und Wien sowie eine starke Gruppe der Sozialistischen Studenten und eine Reihe von Mandatären aus der SPÖ in Oberösterreich teil. ■



Stv. Landeshauptmann von OÖ Joschi Ackerl



Otto-Bauer-Plaketten für Lanc, Darabos



Fotos: Jantzen

Minister Norbert Darabos mit dem Freiheitskämpfer-Präsidium

Bei der Tagung des erweiterten Vorstandes der Freiheitskämpfer im Kreisky-Saal des Renner-Instituts wurden zwei Genossen, die mit der Arbeit unseres Bundes eng verbunden sind, mit Otto-Bauer-Plaketten ausgezeichnet.

Bundesminister a. D. Erwin Lanc, der in diesen Tagen seinen achtzigsten Geburtstags feierte, war als Ehrengast eingeladen. Ernst Nedwed sagte bei der Überreichung der Otto-Bauer-

Plakette, dass Erwin Lanc in allen seinen Funktionen von der Sozialistischen Jugend bis zum Bundesparteivorstand und vor allem in der Bundesregierung immer eine klare und eindeutige antifaschistische Haltung gezeigt hat. Nedwed erwähnte zum Beispiel die rasche Auflösung einer Neonaziprovokation am „Tag der deutschen Einheit“, als der damalige Innenminister Erwin Lanc mit zwei Arrestantenwagen den Spuk umgehend beendete. Erwin Lanc dankte mit einigen

politischen Grundsatzgedanken, die heute so gültig sind wie in den 70er und 80er Jahren.

Norbert Darabos, der als Mitglied der Bundesregierung zu einem Referat eingeladen war, wurde zu Beginn die Otto-Bauer-Plakette vom Präsidium überreicht. Ernst Nedwed betonte dabei auch die gute Zusammenarbeit in der Zeit, als Norbert Darabos als Bundesgeschäftsführer tätig gewesen ist. Seine antifaschistische Haltung zieht

sich wie ein roter Faden durch seine politische Tätigkeit in allen Funktionen, besonders aber in seiner Amtsführung als Verteidigungsminister. Als studiertem Historiker ist es Darabos ein besonderes Anliegen, dass sich das Bundesheer verstärkt seiner Geschichte stellt. Es wurden nicht nur aktive Maßnahmen gegen rechts gesetzt, sondern auch viele wichtige Forschungsprojekte in Auftrag gegeben und Initiativen unterstützt. Bei rechten Umtrieben im Heer verfolgt Darabos eine Null-Toleranz-Politik. Er hat beispielsweise die Teilnahme des österreichischen Bundesheers am umstrittenen Ulrichsberg-Treffen beendet, was letztendlich zu dessen Absage führte und zu einer großen Zustimmung in der Öffentlichkeit beitrug. ■



BM a. D. Erwin Lanc

Für Abwahlmöglichkeit von Graf!

Das Präsidium der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer appellierte an die Parlamentsklubs der beiden Regierungsparteien, alles zu unternehmen, um so wie bei anderen von Gremien gewählten öffentlichen

Funktionären auch im Präsidium des Nationalrats bei begründetem Anlass eine Abwahl aus der Funktion zu ermöglichen. SPÖ, ÖVP und Grüne hätten die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit im Nationalrat.

Im Fokus der Abwahldiskussion steht seit einiger Zeit der 3. Präsident des Nationalrats, Martin Graf, der stets seine starre „Nibelungentreue“ zur demokratisch umstrittenen Burschenschaft „Olympia“ bekundet hat.

65 Jahre nach der Niederlage des Nazifaschismus seien die Gründerparteien der Zweiten Republik gefordert, überholtem Deutschnationalismus und rechtsextremem Gedankengut Grenzen zu setzen. ■



Ehrung für Maderthaner und Harant



Bürgermeister Häupl gratulierte Wolfgang Maderthaner und Eduard Harant zur Ehrung mit den Otto-Bauer-Plaketten

Bei einer Vorstandssitzung des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (VGA) überreichten Ernst Nedwed und Hannes

Schwantner namens des Präsidiums der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer zwei in der antifaschistischen Aufklärungsarbeit engagierten Genossen

die Otto-Bauer-Plaketten. Bundesvorsitzender Ernst Nedwed erinnerte, bevor er die Auszeichnungen übergab, an die Motive von Rosa Jochmann, die

zur Schaffung der Otto-Bauer-Plakette führten.

Eduard Harant, der 2009 mit dem Centrope-Preis ausgezeichnet wurde, ist ein Förderer und Unterstützer der antifaschistischen Aufklärungsarbeit. Insbesondere unterstützt er die Sicherung von Material für die Aufarbeitung der Zeitgeschichte. So hat er viel dazu beigetragen, dass ein Verein für die historischen Minderheiten in Zusammenarbeit mit dem VGA gegründet wurde. Nedwed gratulierte anschließend dem aktiven Verleger und Medienexperten zu seinem achtzigsten Geburtstag.

Wolfgang Maderthaner hat als Historiker und Kulturwissenschaftler, insbesondere in seiner Funktion als Geschäftsführer des VGA, durch seine Forschungen und Publikationen einen großen Beitrag zum Verständnis des Austromarxismus und der Sozialdemokratie in der Ersten Republik beigetragen. Vor allem seine kulturwissenschaftlichen Forschungen sind ein wichtiger Teil der Arbeitergeschichte in Österreich. ■

Prammer: „Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“

Die Präsidentin des Nationalrates Barbara Prammer hielt bei der Jahresversammlung des DÖW im Alten Rathaus die Festrede, die sie mit Zahlen aus der Studie „Die Österreicher/innen – Wertewandel 1990–2008“ einleitete. Daraus zitierte sie:

88% der ÖsterreicherInnen meinen, dass Demokratie zwar die beste aller Regierungsformen ist; trotzdem können sich 21% sehr oder ziemlich gut vorstellen, einen starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament

und Wahlen kümmern muss.

Der Verfassungsschutzbericht 2009 zeigt, dass die Zahl der Anzeigen im rechtsextremen Milieu zwischen 2007 und 2008 um 11% gestiegen ist und dass sich die Zahl der Tathandlungen mit rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder islamophoben Motiven um 22% erhöht hat.

Unter anderem erwähnte Prammer die tätlichen Übergriffe auf Holocaust-Überlebende in Ebensee und die Schändung der Gedenkstätte Mauthausen mit

juden- und moslemfeindlichen Sprüchen. Zu den wiederholten Angriffen auf das NS-Verbotsgesetz sagte sie: „Neonazismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“ Österreichs Demokratie ist dennoch gefestigt, und man brauche es nicht schlechtzureden. Jedoch sei es bedenklich, wenn eine IMAS-Untersuchung feststellt, dass 55% der Befragten dem Credo „Je weniger Ausländer, umso besser“ zustimmten. Solche Feindbilder seien Nährboden für die rechtsradikale Struktur. ■



Foto: DeSt



1. Mai der Arbeiter – unvergänglich

Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier (Hg.)



Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein

Der 1. Mai. Geschichte und Geschichten.

edition rot

Die Geschichte des 1. Mai, des größten Festtags der internationalen Arbeiterbewegung, haben Wolfgang Maderthaner und Michaela Maier als Herausgeber des Prachtbandes „Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein“ (edition rot, Wien) umfassend dargestellt: Geschichte auch bereichert um ein phantastisches Bildmaterial und viele, viele „Geschichten“. Angefangen mit Victor Adler, kommen zum 120. Jahrestag des 1. Mai rund fünfzig Persönlichkeiten, politische Willensträger der Sozialdemokratie, Historiker, Journalisten – Männer und Frauen – zu

Wort. Größten Raum nimmt die Entwicklung dieses Festes, das zugleich das erwachte Machtbewusstsein der Arbeiterbewegung demonstrierte, in Wien ein. Es gereicht den Wiener Sozialdemokraten zur Ehre, dass Friedrich Engels festhielt, in Wien sei der erste 1. Mai am schönsten gefeiert worden. Der Tag ist zur von jeweils 100.000 und mehr Frauen und Männern getragenen Tradition geworden, die nur durch die Gewalt des Austrofaschismus und die Verfälschung durch die Nazidiktatur unterbrochen wurde.

In allen Facetten werden die Erinnerungen von namhaften

Trägern der Arbeiterbewegung festgehalten. Schon in Emma Adlers Test in der Mai-Broschüre 1891 werden Themen der „Wiener Moderne“ angesprochen, wie Bourgeoisie versus Arbeiter, Achtstundentag, Zerfall bürgerlicher Geschlechtervorstellungen als Politikfeld der Sozialdemokratie.

Am berührendsten sind die „Maigedanken im KZ“, die Rosa Jochmann hinterlassen hat. Sie schreibt: „Du willst noch einmal die Sonne sehen, nein, du willst sie noch oft sehen, du willst Musik hören und Bücher lesen, du willst unter deinen Kameraden sein und du willst die Stunde der Wiederkehr der Partei erleben ... Mit einem Male ein leises Klopfen an der Wand. Die Mauer wird zum Buch, in dem du liest, sie wird lebendig und hell und sie sagt dir: ‚Du, heute ist der 1. Mai‘. Ist es nun noch dunkel in der Zelle? Nein, plötzlich ist es ganz licht, ganz hell und strahlend ...‘ Was tut es, dass wir leiden, was tut es, dass sie uns quälen, heute übers Jahr marschieren wir wieder über den Ring, und sind wir nicht dabei, werden es Hunderttausende andere sein. Heute noch sind wir unterdrückt, morgen aber tragen wir siegend die roten Fahnen, trotz alledem und alledem!“

Neben den nun schon über ein Jahrhundert in Österreich zur Selbstverständlichkeit gewordenen 1.-Mai-Feiern ist auch der Blick auf internationale Entwicklungen eingebaut. So wird die Tragödie von Chicago vom 1. Mai 1886 dargestellt, als ein nun bekannter Provokateur mit einer Bombe ein Blutbad unter Demonstranten und Polizisten anrichtete. Im darauf folgenden Prozess wurden acht Angeklagte zu Unrecht als



Rosa Jochmann in Freiheit am Ersten Mai

Täter verurteilt, gehängt. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang wird erklärt, „Warum es in den Vereinigten Staaten keinen Ersten Mai gibt“.

Die Herausgeber des Buches haben dazu in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft im Wiener Volkskundemuseum, Laudongasse, eine sehenswerte Ausstellung eingerichtet. Sie kann bis zum 12. September 2010 besichtigt werden. ■



Sehenswerte Ausstellung

FPÖ „eindeutig rechtsextrem“

In einem vor kurzem erschienenen Buch unter dem Titel „Die FPÖ – eine rechtsextreme Partei?“ (LIT Verlag, Wien) untersucht Philipp Mitnik in einer wissenschaftlichen Zusammenschau, inwieweit die FPÖ als rechtsextreme Partei eingeordnet werden kann.

Im Mittelpunkt seiner Arbeit stehen Heinz Christian Strache, Martin Graf, Andreas Mölzer und andere Proponenten der Partei. Dabei werden die Wahlkampagnen und Reden ebenso unter die Lupe genommen wie die politischen Werdegänge der FP-Politiker. In vielen Details wird das Material gewonnen, aus dem schließlich zusammenfassend die Schlussfolgerungen gezogen werden. Das nicht überraschende und dennoch durch viele Beweise erarbeitete Ergebnis lautet: Die FPÖ ist rechtsextrem.

Dafür werden als wichtigste Merkmale des rechtsextremen Geistes für diese Beurteilung angeführt:

1. „Romantischer“ Ultrationalismus, der sich vom einstigen Deutschnationalismus zur bedenklichen Formel „Österreich zuerst“ unterscheidet,

aber letztlich ausdrückt, wenn jemand nicht „österreichisch“ ist, ist er ein Mensch zweiter Klasse. So biedert man sich auch mit Slogans wie „Abendland in Christenhand“ ungerufen an die Kirche an. Typische „Lösungen“ sind Vorschläge wie unterschiedliche Krankenkassen für Inländer und „Ausländer“.

2. Der Biologismus: Die „Fremden“ werden einhellig negativ gesehen, sind pauschal „kriminell“, Asylbetrüger oder sogar islamische Terroristen. Dazu Mölzer: „Ein Nigerianer kann nie ein Ursteirer werden.“ Die deutsche Kultur sei den anderen überlegen.

3. Freund-Feind-Denken. Damit wird versucht, eine geteilte Gesellschaft zu erreichen. Zahlen, dass die Ausländer schon in wenigen Jahren die Mehrheit bilden, gehören zu den Ängsten, die geschürt werden, womit auch gegen Sozialhilfen für „Fremde“ polemisiert wird.

4. Verharmlosung der NS-Verbrechen. Dazu gehören Äußerungen, dass der Nationalsozialismus auch positive Seiten gehabt habe und dass

man nicht von einer „Befreiung“ durch die Alliierten reden könne. Beschimpfungen von KZ-Überlebenden werden als „Lausbubenstreiche“ abgetan.

5. Antiislamismus als moderner Antisemitismus. Dazu gehört die Ablehnung vom Bau von Moscheen – und das Kopftuch der Frauen. Daraus folgen dann Schmierereien wie die an der Außenmauer des ehemaligen KZs Mauthausen: „Was unseren Vätern der Jud, ist für uns die Moslembrot“.

6. Internationale Vernetzung: Andreas Mölzer ist bemüht um eine rechtsextreme Fraktion im Europäischen Parlament. Es werde sich zeigen, ob bei dessen Neuwahl die FPÖ wieder mit rechtsextremen Parteien zusammengeht, wie die die Roma verfolgende ungarische Jobbik und die British National Party.

7. Antipluralismus, Antindividualismus, Kulturrelativismus: Eine multikulturelle Gesellschaft ist der FPÖ wie allen rechtsextremen Parteien ein Dorn im Auge. Es gelte, die eigene Identität hochzuhalten. In erster Linie das „Volksganze“ und nicht das Individuum soll profitieren. Es wird von den



Straches Kreuz, ein Missbrauch für die Hetze

anderen „Anpassung“ verlangt, die wohl als Aufgabe der eigenen Kultur erwartet wird.

8. Glaube an den Verfall: Die Zuwanderung schadet Österreich, sie bringt einen Verfall der Sitten und den Verlust des „typisch Österreichischen“. Davor wolle die FPÖ die Österreicher bewahren.

Die Grundtendenz der FPÖ ist mit Sicherheit Rechtsextremismus. ■

Mehr Verstöße gegen NS-Verbotsgesetz

Die Zahl jener Personen, die 2009 wegen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz verurteilt wurden, ist die mit Abstand größte seit mehr als zehn Jahren. Dies geht aus der Antwort von Justizministerin Bandion-Ortner auf eine parlamentarische Anfrage des sozialdemokratischen Nationalrats Mag. Johann Maier hervor. Waren etwa 1998 nur 11 Schuldsprüche gefällt worden und 2008 immerhin schon 34, so bedeuten 46 Verurteilun-

gen im Vorjahr einen absoluten Höchstwert.

Zuvor waren in den Jahren zwischen 1998 und 2008 insgesamt einmal 231 Personen verurteilt worden, zeigt die gerichtliche Kriminalstatistik.

Mit 531 Strafanzeigen ist im Vorjahr auch die Zahl der Anzeigen an die Staatsanwaltschaften wegen Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung stark angestiegen. Zudem sind 2009 exakt 104 Fälle zur Anklage gelangt;

38 Fälle wurden 2009 abgebrochen, 35 Verfahren auf sonstige Weise beendet. Nationalrat Johann Maier: „Die Zahlen aus der Verfahrensautomation Justiz und die gerichtlichen Verfahrensergebnisse müssen analysiert und offen diskutiert werden.“ Nachdenklich stimme allerdings die hohe Anzahl der Verfahrenseinstellungen; Begründungen zu den Einstellungen liegen bedauerlicherweise nicht vor. Grundsätzlich sei zu begrüßen, so Maier, dass ge-

meinnützige Leistungen vorgeschrieben oder die Teilnahme an Kursen zum Thema „Nationalsozialismus“ angeordnet werden. Verpflichtende Information und Aufklärung durch solche Diversionsmaßnahmen können langfristig mehr bringen als eine bloße rechtskräftige Verurteilung. Bis zum Stichtag 23. Februar 2010 wurden von der Justiz insgesamt 105 als noch nicht rechtskräftig abgeschlossene Verfahren 2009 ausgewiesen. ■



„Für Wien – Wir machen's“



Foto: SPÖ

Bürgermeister Häupl auf dem Landesparteitag

Unter dieses Motto wurden die Anträge beim Landesparteitag der Wiener SPÖ gestellt, mit denen in den Bereichen Arbeit, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Zusammenleben und Zukunftsvisionen zahlreiche Vorschläge eingebracht wurden.

In seiner kämpferischen Grundsatzrede wies der Wiener Parteivorsitzende Bürgermeister Michael Häupl darauf hin, was passieren würde, wenn die FPÖ in Wien an die Macht käme. Dafür habe bereits das Wirken der schwarz-blauen Regierung genügend negative Beispiele gebracht. Ihre Versprechen hat sie mit Sozialabbau, Pensionsraub und Einsparung der Polizeistellen permanent gebrochen.

Wien, das heute in der Welt als die sicherste und lebenswerteste Hauptstadt der Welt gilt, geht einen anderen Weg, gerade in den Zeiten der Wirtschaftskrise und der staatlichen Budgetprobleme. „Aus der Krise heraus

investieren, nicht in die nächste hineinsparen! Denn wer heute sät, kann morgen ernten“, sagt Häupl. Im Zentrum der sozialdemokratischen Wiener Vorhaben stehen daher Investitionen in Schulen, Spitäler, Wohnbau und Haussanierungen. Und ebenso wichtig ist das Beharren, dass die Finanzwelt anders aussehen müsste als zuvor. Wenn die Konservativen und Neoliberalen weiter alles daransetzen wollen, ihre Kartenhäuser wieder auszubauen, müssen – wie Österreichs Bundeskanzler Faymann es anpeilt – gemeinsame sozialdemokratische Kräfte dies bekämpfen.

Für Wien bleibt das Ziel, in der Landtagswahl im Oktober eine stabile Mehrheit zu erhalten, denn die Stadt braucht Entscheidungssicherheit. „Die Lebensqualität, wie wir sie erreicht haben, muss fortgeschrieben werden!“

Wien hat es nicht so eilig wie Herr Strache, der jüngst seinen

Parteitag mit dem Start einer Schlammschlacht eröffnete, in der er sich mit einer ganzen Reihe von Beleidigungen und Beschimpfungen der SPÖ Wien und Häupls mit der Stadtregierung hervortat. Man könnte das als „Angstbeißen“ betrachten – denn der FPÖ-Chef ist mit der Auswahl von Barbara Rosenkranz als Präsidentschaftskandidatin und ihren unsäglichen Bemerkungen zum NS-Verbotsgesetz eingefahren. „Strache ist ein ‚Loser‘, ein Verlierer“, bemerkte Häupl dazu, „und Loser wollen die Leute, vor allem die Jugend, nicht!“

Dazu kommt der unglaubliche „Pakt“ der Oppositionsparteien im Gemeinderat, ÖVP, FPÖ und Grüne – eine überraschende Kumpanei –, die es darauf anlegen, die absolute Mehrheit der SPÖ in Wien zu verhindern und damit Michael Häupl zu stürzen. Makaber ist dabei, dass ÖVP und Grüne zugleich auf eine Koalitionspartnerschaft bei einer erhofften Schwächung der SPÖ schielen, die FPÖ weiß ohnedies, dass sie dafür nie in Betracht kommt. Die ÖVP unter ihrer neuen Chefin Christine Marek gefällt sich sogar darin, nicht nur die Stadt, sondern auch die direkte Demokratie, wie sie in der jüngsten Volksbefragung eine Probe ablegte und ein hervorragendes Ergebnis für die Vorschläge der SPÖ brachte, madig zu machen, und zugleich als bedenkliches Beispiel ankündigt, sie würde den Gratiskindergarten abschaffen.

Die Mehrheit der Wiener Bevölkerung weiß, was ja auch die ganze Welt anerkennt: Die sozialdemokratische Politik bleibt ihrem Prinzip treu, das schon auf die Zeit vor den Faschismen zurückgeht, für die Menschen da ist und dazu immerdar steht. ■

Manfred Scheuch



Die überparteiliche Plattform „Stimmen für Häupl – Stimmen für Wien“ startete mit einem glanzvollen Event und viel Prominenz über den Dächern von Wien im Ares Tower.

Mehr als 200 Personen verfolgten die ersten Videobotschaften prominenter Persönlichkeiten. Unter den Ersten, die ihre Stimme für Wien erheben, befinden sich Persönlichkeiten wie Filmregisseur Robert Dornhelm, Opernstar Natalia Ushakova, Pop-Ikone Rainhard Fendrich, TV-Moderator Klaus Eberhartinger oder der Ärztliche Direktor des Allgemeinen Krankenhauses Wien Univ.-Prof. Dr. Christoph Zielinski.

Die Verbreitung der Videobotschaften erfolgt über die Homepage

www.stimmenfuerhaeupl.at.

Sie wird bis zum 10. Oktober laufend mit Statements weiterer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens befüllt.

In „Stimmen für Häupl – Stimmen für Wien“ kommen sowohl Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Sport und Wissenschaft wie auch aus Kunst und Kultur zu Wort.

Menschen, für die Wien Lebensmittelpunkt ist, und Menschen, die für Freiheit, Weltoffenheit und Miteinander stehen.

Rettende Kindertransporte 1938–41

Schon in den ersten Wochen nach dem „Anschluss“ begann in Wien nach den pogromartigen Ausschreitungen und der systematischen Zug um Zug verordneten Rechtlosigkeit der jüdischen Bevölkerung, angefangen mit Demütigungen und brutalen Raubzügen über die Vertreibung aus den Gemeindebauten und die Beschlagnahme der Wohnungen und Villen in den Nobelveierteln bis zu den Abrisierungen der kleinen Geschäfte und der großen Kaufhäuser. Die Betroffenen erkannten rasch, dass für sie keine Bleibe sein konnte, und in vielen Familien suchte man die Mög-

lichkeit, die Kinder, die ja bald aus den Schulen vertrieben wurden, in Sicherheit zu bringen.

Als sich zeigte, dass der Versuch, sich Visa ins Ausland zu verschaffen, nur mit Schikanen und beträchtlichen Kosten („Reichsfluchtsteuer“) durchgesetzt werden konnte, eröffnete sich die Möglichkeit einer Kinderemigration in europäische Länder, vor allem England, Frankreich und die Niederlande, und auch nach Palästina und in die USA. Aus Wien ging der erste Transport mit 600 Kindern am 11. September nach England ab. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung lag in den Hän-

den von Adolf Eichmann, der später zu einem Organisator der „Endlösung“ aufstieg. Die Israelitische Kultusgemeinde sammelte die Anträge aus ganz Österreich und registrierte die zum Transport freigegebenen Kinder.

In dem Buch von Gerda Hofreiter, „Allein in die Fremde“ (Studienverlag, Innsbruck), liest man zahlreiche Erlebnisberichte der Betroffenen, die ohne Eltern in eine fremde Welt mussten und bei ihrem bitteren Abschied wohl nicht ahnen konnten, dass es in vielen Fällen ein letzter war. Der letzte Kindertransport wurde überraschenderweise noch im Mai 1941 durchgeführt. ■



Erinnerungsdenkmal im Wiener Westbahnhof

„Chuzpe“ – Roman um die Zeit des Umbruchs 1918

Vor kurzem erschien der Kriminalroman „Chuzpe“ von Andreas P. Pittler. Die Handlung spielt in den Tagen des Umsturzes in Wien im November 1918. Major David Bronstein soll den Mord an einem jungen Mädchen klären, rund um ihn zerfällt die alte Ordnung und eine neue ist im Entstehen. Dass die neue Ordnung republikanisch sein wird, ist bald unmissverständlich klar, aber wird sie „nur demokratisch“ sein, oder wird sie „sozialistisch“ sein?

Andreas P. Pittler, Historiker und Politikwissenschaftler von großer Sachkenntnis einerseits und geschult im historischen Materialismus andererseits, lässt den Kriminalfall bzw. dessen Lösung parallel zum Zerfall der Habsburgermonarchie ablaufen. Der Leser wird in die Analysen der Ursachen dafür genauso eingebunden, wie er bei der letzten Reichsratsitzung und der Ausrufung der Republik vom Parlamentsgebäude aus quasi Augenzeuge ist.

Dispute darüber, wie weit die österreichische Revolution gehen

kann/soll/muss, die der Autor wiedergibt, wurden in ähnlicher Form wohl in Generationen der österreichischen politischen Linken geführt. Weltliterarisch wird „Chuzpe“ dort, wo es Anleihen an Franz Theodor Csokors „3. November 1918“ nimmt. Einzelne Dialoge im Wiener Dialekt, durchsetzt mit Begriffen aus dem Tschechischen und dem Jiddischen, runden das unterhaltsame, kurzweilige Lesevergnügen ab. Geschichte muss nicht immer in schweren, unleserlichen Wälzern verpackt werden.

Kann man historische Vorgänge interessant für spätere Generationen verpacken? Man kann, wie der vorliegende Roman beweist. Es ist Pittlers drittes Werk mit Major Bronstein als zentraler Figur. Es ist, so wie die beiden Vorgängerromane „Tacheles“, angesiedelt in den Tagen des Juli-Putsches 1934, sowie „Ezzes“, dieser spielt im Juli 1927, der zeitgeschichtlich interessierten Leserschaft ans (durchaus – aber nicht nur – links schlagende) Herz zu legen. ■

Gerald Netzl

Schwechater Schüler zeigten Zwangsarbeiter-Tragödie auf

An der Kreuzung Wiener Straße mit der Mautner-Markhof-Straße steht in Schwechat seit 3. Mai 2010 ein Mahnmal zum Gedenken an die Leiden der Zwangsarbeiter in den Jahren 1943 bis 1945.

Sklavenarbeit gab es auch im Raum Schwechat und zwar in der Industrie, im Gewerbe und in der Landwirtschaft.

Dabei gab es Hunger und Not im zusammenbrechenden Nazistaat. Noch zu Kriegsende fanden viele Opfer auf langen Marschen oder in Gefangenenlagern der „Ostmark“ den Tod.

Schüler und Schülerinnen des Gymnasiums Schwechat und deren Pädagogen und Pädagoginnen haben mit Unterstützung der Stadtgemeinde

Schwechat dem Grauen dieser Zeit ein öffentliches Gesicht gegeben. Die nun enthüllte Installation bei der Stadteinfahrt und die laufende Ausstellung im Schwechater Rathaus zeigen die einzelnen Phasen des begleiteten Schülerprojekts.

Die erfolgreiche Arbeit zur Zeitgeschichte sollte aktueller Anlass sein, den Fokus auf

extremistische Entwicklungen in den Nachbarstaaten zu lenken. Verstärkt kritisch sollten wir aber vor allem auch rechtsextremistisches Denken und Handeln im eigenen Land beurteilen. Mehr denn je ist ein massives Auftreten gegen Neonazis und NS-Nostalgiker gefordert. ■

Alfred Zach

Ja:Wien.



Meine Stadt. Unser Wien.

Kinder und Jugendliche wollen in einer Umgebung aufwachsen, die frei von Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung ist. Dafür sorgen die MAG ELF, Wiens größte Kinderschutz Einrichtung sowie viele von der Stadt geförderte Einrichtungen. Sie schützen Kinder mitsamt deren Rechten und unterstützen Eltern mit Information und Beratung. Weil die Kinder der Stadt Wien am besten geschützt sind, wenn Gewalt gar nicht erst entsteht. **Das ist sicher.**

StaDt  Wien

INFO KINDERSCHUTZ:
01 4000 8011
www.kinderschutz.wien.at

Salut für Alfred und Ali

Bei einer Geburtstagsfeier der Wiener Bildung und der Freiheitskämpfer standen zwei politische Aktivistinnen, die mit der Feder und dem Wort in der politischen und antifaschistischen Aufklärung eine verdienstvolle Arbeit geleistet haben, im Mittelpunkt einer freundschaftlichen Ehrung durch den Vorsitzenden der Wiener Bildung, LAbg. Ernst Woller, und den Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer, Abg. z. NR a. D. Ernst Nedwed.

Alfred Heinrich, 80, ein langjähriger Bildungsfunktionär und Publizist, ist heute weiterhin als Autor tätig. Sein zuletzt erschienenes Buch (mit Ali Kohlbackers Karikaturen) über „Hitlers Weltbild“, eine Gegenüberstellung der Nazihetze mit der Wahrheit, ist vor allem heute, wo Rechts-extremisten wieder aktiv werden, für die Bildungsarbeit unter jungen Menschen von großer Bedeutung. Bekannt wurde Alfred Heinrich auch als einer der Texter für die nunmehr leider sistierte, kritische Ö1-Sendung „Guglhupf“.

Ali Kohlbacher, 75, ist seit seiner Jugend als Antifaschist und In-



Alfred Heinrich und Ali Kohlbacher

ternationalist aktiv. Der Internationalismus war für ihn niemals nur ein Lippenbekenntnis, sondern auch ein persönliches Engagement für die Befreiungsbewegung in Algerien, Südafrika, Vietnam und Chile. Er war Mitbegründer der Österreichisch-Kubanischen Gesellschaft, in der er sich weiterhin für ein Verständnis für das revolutionäre Kuba von heute einsetzt. Ali

ist auch in der Österr.-Saharai-schen Gesellschaft tätig. Außerdem ist er als Mitarbeiter vieler NGOs und in der sozialistischen Bildungsarbeit engagiert. Vor allem seine Arbeit als Publizist und Karikaturist hat Ali Kohlbacher viel Anerkennung gebracht. Als langjähriges Mitglied des Wiener und des Bundesvorstandes ist er unermüdlich als Referent und Kontakter tätig.

Vor Jahren gründete er die „Initiative für eine sozialistische Politik der SPÖ“. Er wurde schon vor Jahren mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet.

Der Abend mit Freundinnen und Freunden klang mit Lesungen von Alfred und Ali sowie mit einer Diashow von Alis Karikaturen – die jüngsten über Hitler – aus. ■

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe: Klaus Bergmaier, Annemarie Hopfgartner, Johann Maier, Willi Mernyi, Ernst Nedwed, Gerhard Nessler, Gerald Netzl, Manfred Scheuch, Alfred Zach, Eva Zeman. **Grafische Gestaltung:** Lukas Linecker. **Lektorat:** Roswitha Singer-Valentin. **Redaktionsschluss dieser Ausgabe:** 28. Juni 2010. **Nächstes Heft:** September 2010.

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at **Produktionsleitung:** VWZ Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., Schottenfeldgasse 24, 1070 Wien; Telefon: 524 70 86-0 **Fotos:** Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt
Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. **Zlnr.:** GZ 02Z03355M